

Ergebnisse der Fachtagung „Frauen – Selbstbestimmt und organisiert gegen Altersarmut“ vom 4. März 2019, (14 – 18.30 h) im Rahmen des Frauenmärz 2019 im Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V. in Berlin-Kreuzberg

Zum Kontext der Fachveranstaltung

Der Armutsbericht 2018 des Paritätischen Wohlfahrtsverbandes erfasst bundesweit 13,7 Millionen Bundesbürger*innen, die von Armut betroffen sind; 14,7 Prozent der Menschen in Bezug von Rente oder Pension sind von Armut betroffen. Die Armuts(risiko)quote erreichte im Jahr 2017 einen Rekordstand, das Armutsrisiko der Senior*innen nimmt am stärksten zu. Verarmungsprozesse ziehen oft soziale Isolation, Gesundheitsrisiken, Verdrängungen aus dem Wohnungsmarkt, mangelnde gesellschaftliche und kulturelle Teilhabe, Verlust des Selbstwertgefühls und eine geringere Lebenserwartung nach sich. Altersarmut ist insbesondere weiblich und verschärft sich oft in Verbindung mit einem Migrationshintergrund. – Es drohen soziale Polarisierungen und die Auflösung des sozialen Zusammenhalts. Wenn sich nicht alle Bevölkerungsgruppen an den Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen in der Gesellschaft beteiligen können, ist die Demokratiefähigkeit unserer Gesellschaft infrage gestellt.

- Was brauchen wir für eine Infrastruktur, damit Frauen im Alter gesund und selbstbestimmt leben können?
- Wieweit kann aus politisch-zivilgesellschaftlicher Sicht die Politik die Akteure stärken.
- Wie lassen sich nachhaltige Wirkmechanismen erzielen, die in der aktuellen politischen Situation einen gesellschaftlichen Einfluss haben?

Diese Fragen waren Gegenstand der Fachtagung „Frauen – Selbstbestimmt und organisiert gegen Altersarmut“, die am 4. März 2019 Vertreterinnen der Landesarmutskonferenz, aus dem Bereich der Selbstorganisation und der Sozialforschung mit lokalen Akteur*innen im Nachbarschaftshaus Urbanstraße zusammen führte. Nach Impulsvorträgen wurden in fünf Foren zu verschiedenen Themen Erfahrungen ausgetauscht und Handlungsfelder definiert, um Bündnisse und Strategien für deren Umsetzung zu befördern.

Im Anschluss an die Foren wurden die Ergebnisse unter Einbeziehung von Vertreterinnen der Überparteilichen Fraueninitiative (ÜPFI), des Landesfrauenrats Berlin und des Berliner Frauennetzwerks im Plenum diskutiert. Politiker*innen der im Bezirk vertretenen SPD und FDP nahmen zu den erarbeiteten Statements und Forderungen Stellung. (Näheres siehe Anlagen)

Die Ergebnisse der Diskussionen in den fünf Fachforen und die damit verbundenen Forderungen an die Politik haben die Veranstalter hier zusammengetragen. Dies verbindet sich mit der Aufforderung an die Politik, die Forderungen im Rahmen der jeweiligen Aufgabenbereiche und Handlungsfelder an Gremien und politische Entscheidungsträger weiter zu befördern, damit diese eine entsprechende Anwendung und Wirksamkeit entfalten können.

Grundlage für eine auskömmliche Rente ist eine gerechte Bezahlung!

Um Armutsrisiken zu begegnen, bedarf es grundsätzlich einer höheren Anerkennung der Lebensleistungen von Frauen. Das beinhaltet bei der Berechnung von Renten die Abkehr von normativen männlichen Erwerbsbiografien. Neben der Anerkennung beruflicher Leistungen sollten auch die Leistungen von Frauen im familiären und gesamtgesellschaftlichen Kontext einbezogen werden. Zu berücksichtigen ist gleichzeitig, dass Frauen häufiger in prekären Arbeitsverhältnissen und in Teilzeit tätig sind und unbezahlte Arbeit leisten. Alles zusammen führt für viele zu niedrigen Renten und drohender Altersarmut. Dies betrifft auch die-

jenigen, die sich aus politischen Gründen bewusst für eine Arbeit im „Alternbereich“ entschieden haben und damit Wegbereiter der vielfältigen sozialen Bewegungen wurden, die den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken.

Eine Wertschätzung der Lebensleistungen von Frauen für die Gesellschaft insgesamt muss sich schließlich auch in einer angemessenen Rente niederschlagen.

Zuverdienste bei prekären Lebenslagen im Alter ermöglichen!

Unterschiedliche Lebensverläufe von Frauen müssen im Rahmen der Daseinsvorsorge besser Berücksichtigung finden. Beschäftigung zu finden und zumindest kleine Einkünfte im Alter zu erzielen, ist für Menschen im ALG II-Bezug oder mit kleiner Rente oft schwierig. Auch nur geringe zusätzliche Einnahmen oder kleine Nebeneinkommen werden sofort z. B. von Hartz IV-Bezügen oder der Grundsicherung abgezogen. Das soziale Sicherungssystem ist hier sehr unflexibel.

Es bedarf einer angemessenen Infrastruktur auf kommunaler Ebene, damit ältere Menschen, die auf Zuverdienste angewiesen sind, noch produktiv tätig sein können. Für kleine Zuverdienstmöglichkeiten müssen niedrigschwellige Lösungen entwickelt werden, die z. B. eine begrenzte Selbständigkeit ermöglichen, um aufwändige Gründungen oder Gewerbebeanmeldungen zu vermeiden.

Für ältere Menschen hat ein bedingungsloses Grundeinkommen bzw. eine Grundsicherungsrente oberste Priorität!

Betroffene sind zu Beteiligten zu machen - Frauen eine Stimme geben!

Es muss eine ECHTE politische Partizipation von Frauen geben. Sie muss anders als bisher in stadtpolitischen Prozessen und Gremien gewährleistet werden, z. B. über Quoten oder den Aufbau von politischen Frauennetzwerken.

Erforderlich sind weitere lokale und niedrigschwellige Kontakt-, Beratungs- und Vernetzungsorte für Ältere, die sowohl dem Informationstransfer als auch der Vernetzung untereinander sowie auf fachpolitischer Ebene dienen. Hierfür sind feste Planstellen mit qualifiziertem Personal erforderlich.

Dies beinhaltet gleichermaßen

- a) die Moderation und Förderung von Beteiligungsstrukturen incl. Zukunftswerkstätten
- b) die Bereitstellung von Ressourcen für die Infrastruktur-Ausstattung der Seniorenvertretungen (Miete, Büroausstattung, Finanzierung von BVG-Tickets und Aufwandsentschädigungen) incl. Webauftritten
- c) den Ausbau der laufenden Beratungsarbeit von Vereinen, insbesondere für Migrantinnen, damit kontinuierlich an der Beratungsarbeit, der interkulturellen Öffnung und an Vernetzungsstrukturen angeknüpft werden kann.
- d) die Förderung von Initiativen Älterer

Pflege als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe verstehen!

Die Pflege von Angehörigen darf nicht zur Armutsfalle für Frauen werden.

Der Pflegebereich muss als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrgenommen werden und darf sich nicht weiter als profitabler Geschäftszweig etablieren. Gefragt sind staatliche Initiativen, z. B. das Fördern von Genossenschaften und weiteren Initiativen im Selbsthilfebereich unter Einbeziehung Betroffener.

Gesellschaftlich muss folglich der Blickwinkel geweitet werden, um die Leistungen und die Belastungen der pflegenden Familienangehörigen in den Blick zu bekommen!

Die Debatte darüber muss mit der Frage verknüpft werden, wie ein gutes Leben insgesamt leistbar ist.

Es geht nicht ohne ein solidarisches Miteinander oder gesellschaftliche Teilhabe, zudem kann eine Werteorientierung dem Alter einen Sinn zu geben!

Prävention fördern und Gesundheit im Alter ermöglichen!

Angesichts wachsender Altersarmut, z. B. aufgrund steigender Mieten werden auch im Gesundheitsbereich lokale Netzwerke benötigt, damit Ältere sich informieren und formieren können.

- Ihr Zugang zu erforderlichen Leistungen im Gesundheitsbereich, für die die Krankenkassen nicht aufkommen, muss gewährleistet werden. Ältere brauchen gesundheitliche Unterstützung auch für alternative Heilmethoden.
- Ältere sollten für gesellschaftliche Transformationsprozesse sensibilisiert und befähigt werden, sich im gesellschaftlichen Kontext zu verorten und einzubringen. Entsprechende Initiativen müssen eingebettet werden in einen Kontext von Sinnhaftigkeit und sozialer Teilhabe im Alter. Voraussetzungen für das Bilden freier Solidargemeinschaften sollten geschaffen werden, wie z. B. eine soziale Öffnung verschiedener Träger auch für den Senior*innenbereich unter Einbeziehung kultursensibler Angebote. Die kontinuierliche Infrastrukturausstattung ist dabei unverzichtbare Voraussetzung.
- Arbeitsmigrantinnen haben oft noch Wurzeln im Herkunftsland. Wer es sich gesundheitlich leisten kann, pendelt als Rentnerin z. B. zwischen Deutschland und der Türkei, Kroatien, Bosnien oder Serbien hin und her. Dies ist eine wichtige Ressource für die seelische und körperliche Gesundheit, denn oft gibt es noch verwandtschaftliche Bindungen im Herkunftsland. Gleichzeitig – unabhängig von einem Migrationshintergrund – gibt es eine erhöhte Mobilität innerhalb der EU aufgrund des Arbeitsmarktes und binationaler Lebensplanungen. Dies betrifft auch Ältere, die sich um ihre Familienangehörigen außerhalb Deutschlands kümmern.

Seit dem 1. 7. 2017 wird Bezieherinnen von Leistungen zur Grundsicherung nur noch ein Aufenthalt von bis zu 4 Wochen im Ausland zugestanden, danach wird die Zahlung von Leistungen zur Grundsicherung eingestellt (§ 41a SGB XII). Davon hängt i. d. R. die Zahlung der Miete und evtl. auch die Übernahme der Krankenversicherungsbeiträge ab. **Hier ist dringend eine Neuregelung erforderlich.**

Bestehender Wohnraum muss erhalten bleiben!

Es wird mehr bezahlbarer Wohnraum in der Innenstadt benötigt, wenn gutes Zusammenleben ermöglicht und soziale Isolation vermieden werden soll. Es bedarf eines präventiven Schutzes gegen Wohnraumkündigung.

Prävention heißt in diesem Zusammenhang, dass kieznah Wohnräume zur Verfügung gehalten werden müssen, um Menschen mit niedrigen Einkommen mit Wohnraum versorgen und vor Verdrängung schützen zu können. Es muss z. B. ein Bleiberecht geben, bis adäquater Wohnraum gefunden wurde.

Der Tausch von Wohnungen muss rechtlich ausgeweitet und unbürokratisch umgesetzt werden. Die Bedeutung nachbarschaftlicher Netzwerke für die Bewohner*innen eines Quartiers muss mehr Berücksichtigung finden.

Vernetztes Handeln zwischen der Verwaltung und lokalen Akteuren etablieren!

Die stärkere Vernetzung und intensivere Kooperation zwischen Verwaltungen und einzelnen Ressorts, für deren Arbeitsfelder Altersarmut von Bedeutung ist, mit Einrichtungen der Zivilgesellschaft ist erforderlich, ebenso wie eine adäquate Ausstattung mit Personal.

Ergebnisse der Landearmutskonferenz sollten fortlaufend aufgenommen und entsprechende operative Instrumente mit den Akteuren entwickelt werden.

Bezahlbaren Raum für Wohnungslose sowie Ausbau von entsprechenden Hilfesystemen sichern!

Das Hilfesystem für von Wohnungslosigkeit betroffenen Frauen muss weiter ausgebaut werden. Dazu gehören auch Zufluchtwohnungen und Frauenhäuser. Spezifische Bedarfe innerhalb der vielfältigen Betroffengruppe (z.B. Frauen mit Beeinträchtigung, Frauen mit älteren Jungen, lesbische Frauen, Transfrauen, Frauen mit Migrationsgeschichte usw.) müssen dabei dringend Berücksichtigung finden.

Bezahlbare Räume und Infrastrukturen für gemeinnützige Einrichtungen und Selbsthilfeorganisationen sichern!

Milieuschutz muss auch für soziale Träger und gemeinnützige Organisationen gelten.

Räume zur Selbstorganisation und soziale und kulturelle Teilhabe zu angemessenen Preisen sind dabei wichtige Voraussetzung.

Auf lokaler Ebene werden öffentliche Flächen für Nutzgärten, Küchen oder Werkstätten benötigt, um in Gemeinschaft arbeiten zu können. Gemeinsam mit anderen können Gebrauchsgegenstände, Kleidung oder Möbel repariert, Gemüse und Kräuter angebaut, für die Gemeinschaft gekocht werden.

Es braucht ein Empowerment bestehender Sozial- und Gesundheitsorganisationen!

Hilfsangebote müssen aufgestockt, besser vernetzt und transparenter kommuniziert werden.

Auf mehr Niedrigschwelligkeit des Zugangs zu diesen Hilfen ist zu achten.

Dazu bedarf es z. B. einer gezielten Öffentlichkeitsarbeit.

Soziale Projekte müssen durch ausreichende Finanzierung anerkannt werden.

Es muss mehr Freiräume für neue Projekte geben.

Hilfreich wäre eine Handlungsermächtigung für politische Bildung und Medienmündigkeit.

Die Kommunikation und Beratung zum Thema „Weiterarbeiten, gemeinschaftlich produzieren“ muss finanziell unterstützt werden.

Angemessene Arbeitsbedingungen und tarifvertragliche Bindungen im Sozial- Kultur- und Gesundheitsberatungseinrichtungen schaffen!

Wir brauchen Dauerangebote für unsere Zielgruppen zu angemessenen tarifrechtlichen Bedingungen!

Bei vielen Projekten entspricht die tarifliche Bezahlung nicht den tatsächlichen Tätigkeiten. In den letzten Jahren hat sich ein deutlicher Wandel mit veränderten Ansprüchen und Anforderungen vollzogen. Gemeinnützige Vereine bzw. Non-Profit-Organisationen werden zunehmend mit ökonomischen Anforderungen und bürokratischen Bedingungen belastet.

Frauen in Leitungspositionen übernehmen in diesen Einrichtungen vielfältige Aufgaben im Managementbereich, werden aber z. B. nur als Sozialarbeiterinnen nach Gehaltsstufe E9 bezahlt.

Grundsätzlich sollte für alle Projekte – auch bei öffentlichen Trägern – eine adäquate Dotierung gelten und nicht abgesenkt nach Haustarifen.

Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich viele prekäre Arbeitsverhältnisse und außergewöhnlich viele Teilzeitstellen. Alles zusammen führt zu niedrigen Renten und damit zur großen Gefahr der Altersarmut für viele, die sich aus politischen Gründen bewusst für eine Arbeit im „Alternativbereich“ entschieden haben.

Hochbetagte und Langlebige im Altenhilfebericht berücksichtigen!

Im Altenhilfebericht müssen Hochbetagte und Langlebige stärker berücksichtigt werden.

Dazu sollte ein Forschungsbereichs zur Situation Hochbetagter und Langlebiger im Deutschen Alters-Survey (DEAS) etabliert werden. Darin müssen auch Handlungsbedarfe bzw. –felder für die Politik ermittelt und benannt werden.

Hervorhebenswert erscheint, dass diese mit zunehmendem Alter und zunehmender Hilflosigkeit Willkür und Repressalien (z. B. von Hausbesitzern) ausgeliefert sind. Dies zieht mitunter eine erhöhte Krankheits- und Suizidgefährdung nach sich.

Die Veranstalter:

- Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.
- südost Europa Kultur e.V.
- Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte des Bezirksamtes Friedrichshain-Kreuzberg

Die Referentinnen:

Prof. Dr. Susanne Gerull (Alice-Salomon-Hochschule Berlin; Lehrstuhl für Armut, Arbeitslosigkeit, Wohnungslosigkeit sowie Vertreterin der Landesarmutskonferenz): „Frauenarmut im Alter: Daten, Zahlen, Fakten im Überblick“

Dr. Gisela Notz (Sozialwissenschaftlerin und Historikerin, Berlin): „Armutsrisiko Geschlecht. Das selbstorganisierte solidarische Handeln“

Katja Stephan (Dipl.-Soziologin, Mitarbeiterin Kompetenzzentrum Partizipation Brandenburg, Paritätischer Wohlfahrtsverband Brandenburg): „Resilienzansätze und neue Ideen, die Mut machen. Was tun, um im vertrauten Lebensumfeld bleiben zu können?“

Die Unterstützerinnen:

Überparteiliche Fraueninitiative (ÜPFI), vertreten durch Carola von Braun

Landesfrauenrat Berlin, vertreten durch Christiane Gollin

Berliner Frauennetzwerk, vertreten durch Anke Petersen und Christiane Ziegler

Die Vertreter*innen der Bezirkspolitik/BVV

Tessa Mollenhauer, SPD

Michael Heinsel, FDP

Vertreter*innen der folgenden Organisationen haben die Positionen mit erarbeitet:

Agora collective e.V.
AWO Begegnungszentrum Spree-Wuhle e.V.
AWO Bundesverband
AWO-Frauennotübernachtung
AWO Kreisverband Berlin-Mitte e.V.
AWO Landesverband Berlin
AWO Schuldner-/Insolvenzberatung
BA Friedrichshain-Kreuzberg/Amt für Soziales
Beginenhof
Berliner Stadtmission
BFN Berliner Frauen Netzwerk
Blog Passagen
BürgerGenossenschaft Südsterne e.V.
BWK Bildungswerk in Kreuzberg
Caritas AWH für Frauen
Caritas Migrationsdienst
Diakonie Stadtmitte
EWA e.V. Frauenzentrum
fczb FrauenComputerZentrumBerlin e.V.
Frauenzentrum Schokofabrik e.V.
FreiwilligenAgentur Friedrichshain-Kreuzberg
FRIEDA-Frauenzentrum
Gesundheit aktiv e.V.
Gesundheit Berlin-Brandenburg
GWV Haselhorst e.V.
Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Projekt StadtTeilen
Interkulturelle BrückenbauerInnen in der Pflege IBIP (Diakonie Stadtmitte)
Katharina Mahne (Beratung und Coaching rund um den Ruhestand)
Kotti e.V.
Kontaktstelle Pflegeengagement KPE Friedrichshain-Kreuzberg
Kraut & Rüben GmbH
Kreuzberger Stadtteilzentrum/ Nachbarschaftshaus
Landesfrauenrat Berlin
Mehrgenerationenhaus Gneisenaustraße
Miethäuser Syndikat
Möckernkiez eG und Möckernkiez e.V.
Nachbarschaftshaus Urbanstraße e.V.
Nachbarschafts- und Familienzentrum Kiezoase
Nachbarschaftshaus Neukölln
Netzwerkstelle Kiezanker36
PFH Pestalozzi-Froebel-Haus
Raupe & Schmetterling – Frauen in der Lebensmitte e.V.
Regenbogenfabrik e.V.
RepairCafé
Seniorenwohnhaus Jerusalemstift
Silbernetz e.V.
Stadtteilzentrum Pankow
südost Europa Kultur e.V.
Senior*innenvertretung Friedrichshain-Kreuzberg
SUSI e.V.
Kreuzberger Tauschring
Turngemeinde in Berlin 1848 e.V. (TiB Berlin)
Türkischer Frauenverein Berlin e.V.
Überparteiliche Fraueninitiative Berlin
Ufa Nachbarschaftszentrum
X-berger Wohnverwandtschaften

Anlagen

- Einladung sowie Programm zum Fachtag „Frauen – Selbstbestimmt und organisiert gegen Altersarmut“
- Radiobeitrag Deutschlandfunk vom 7. März 2019: „Wie Frauen mit Altersarmut umgehen“
https://www.deutschlandfunk.de/schwieriger-ruhestand-wie-frauen-mit-altersarmut-umgehen.1148.de.html?dram:article_id=443005
- Fernsehbeitrag des rbb (ZIBB) vom 8.08.2019 über ein Kreuzberger Projekt gegen Altersarmut:
https://www.rbb-online.de/zibb/archiv/20190808_1830.html

Berlin, den 19. August 2019